

KONFLIKTBAROMETER 1999

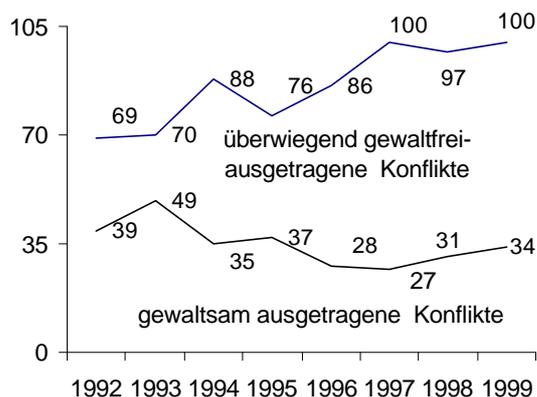
Krisen - Kriege - Putsch
Verhandlungen - Vermittlung - Friedensschlüsse
8. Jährliche Konfliktanalyse

Globales Konfliktpanorama

Im Verlauf des letzten Jahres des Jahrhunderts werden insgesamt 134 politische Konflikte ausgetragen, von denen 100 überwiegend friedlich und 34 gewaltsam verlaufen. Seit zwei Jahren ist eine leichte Zunahme der gewaltsamen Konflikte zu beobachten. Deren Zahl liegt jedoch noch immer unter der der frühen 90er Jahre.

- Im Verlauf der vergangenen acht Jahre

Konfliktverlauf 1992 - 1999



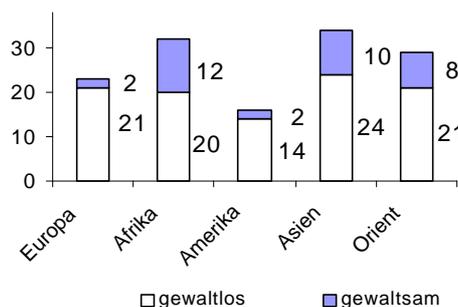
öffnet sich die Schere zwischen gewaltsamen und den überwiegend gewaltfrei ausgetragenen Konflikten weiter.

- Dreiviertel aller Konflikte verlaufen völlig oder überwiegend gewaltfrei.
- Von den 34 Gewaltkonflikten sind 13 Kriege und 21 gewaltsame Krisen.
- Bei den 1999 gewaltsam ausgetragenen Konflikten dominieren weiterhin die innerstaatlichen Auseinandersetzungen.
- Die wenigen gewaltsam ausgetragenen zwischenstaatlichen Konflikte resultieren aus zurückliegenden sezessionistischen Entwicklungen. Kriege wie die zwischen Eritrea und Äthiopien oder Indien und Pakistan sind zwischenstaatliche Kriege geblieben, während die gewaltsamen Konflikte um das Kosovo und Ost-Timor

durch die NATO bzw. die UNO internationalisiert worden sind.

- Im übrigen werden die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen aber überwiegend gewaltfrei ausgetragen.
- die meisten Konflikte (81) verharren auf ihrem Vorjahresniveau; es sind ebensoviele Konflikte eskaliert, wie deeskaliert; neun politische Konflikte sind neu aufgetreten.
- Mit 12 gewaltsamen Konflikten ist Afrika wiederum die gewaltträchtigste Region. Es folgen Asien mit 10 und der Vordere und Mittlere Orient mit 8; Europa und Amerika bleiben mit je 2 Gewaltkonflikten die am wenigsten von Gewalt betroffenen Regio-

Konfliktintensität 1999



nen. Auf dem amerikanischen Kontinent finden die wenigsten Konflikte überhaupt statt.

- In Afrika und Asien eskalieren mehr Konflikte als deeskalieren, während in den anderen Regionen eine stärkere Deeskalation zu beobachten ist.
- Im Berichtszeitraum gibt es Putsch in Pakistan, auf den Komoren, in der Elfenbeinküste und im Niger, sowie einen Putschversuch in Armenien.

Übersicht: Konflikte in Europa 1999

| 4: Krieg | | | | |
|-------------------------------------|--|--|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| BR Jugoslawien | BR Jugoslawien (Serben) // Kosovo-Albaner | Sezession (Kosovo) | 1989 | ● |
| Rußland | Rußland // Tschetschenische Separatisten | Sezession (Tschetschenien) | 1991 | ↗ |
| 3: Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| - | - | - | - | - |
| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Frankreich | Frankreich // FLNC u.a. | Autonomie, Sezession (Korsika) | 1975 | ↗ |
| Griechenland / Türkei | Griechenland // Türkei | Territorium, Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen | 1973 | ● |
| Großbritannien | Regierung, UUP // IRÄ, Sinn Fein | Autonomie (Nordirland), Nationale Macht | 1968 | ● |
| Spanien | Spanien // ETA | Autonomie, Sezession (Baskenland) | 1960 | ● |
| Zypern | Rep. Zypern // Nordzypern | Territorium (Teilung), Nationale Macht | 1974 | ● |
| 1: latenter Konflikt | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Albanien | Regierung // Oppositionelle Gruppierungen | Nationale Macht | 1989 | ↘ |
| Bosnien-Herzegowina | Molem.-Kroatische Föderation // Bosnische Serben | Autonomie, Territorium, Minderheiten | 1991 | ● |
| Estland, Lettland, Litaun / Rußland | Regierungen // russische Minderheiten | Autonomie (russische Minderheiten) | 1991 | ● |
| Georgien | Georgien // Abchasische Separatisten | Sezession, Autonomie (Abchasien) | 1993 | ↘ |
| Georgien | Georgien // Adscharische Separatisten | Sezession, Autonomie (Adschasien) | 1993 | ↘ |
| Georgien | Georgien // Ossetische Separatisten | Sezession, Autonomie (Südossetien) | 1993 | ↘ |
| BR Jugoslawien | BR Jugoslawien // Montenegro | Sezession Montenegros | 1997 | ● |
| BR Jugoslawien | Regierung // Ungarische Minderheit | Autonomie (Woiwodina) | 1989 | ● |
| BR Jugoslawien / Kroatien | BR Jugoslawien // Kroatien | Autonomie (Ostslawonien) | 1991 | ● |
| Kroatien | Regierung // Krajina-Serben | Autonomie (Krajina) | 1991 | ● |
| Moldawien | Regierung // Russische Minderheit | Autonomie (Transnistrien) | 1988 | ● |
| Russland | Regierung // Karatschajer // Tscherkessen | Autonomie | 1999 | neu |
| Slowakei | Regierung // Ungarische Minderheit | Autonomie (ungarische Minderheit, Gabcikovo) | 1993 | ● |
| Spanien / Großbritannien | Spanien // Großbritannien | Territorium (Gibraltar) | 1964 | ● |

| 1: latenter Konflikt | | | | |
|--|-------------------------------------|---------------------------------|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Spanien / Marokko | Spanien // Marokko | Territorium (Ceuta und Melilla) | 1961 | ● |
| Ungarn / Rumänien | Rumänien // Ung. Minderheit, Ungarn | Autonomie | 1989 | ● |
| ¹⁾ aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien ²⁾ Veränderung zum Vorjahr: ↗ bzw. Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ● keine Veränderung | | | | |

Europa

Die Nato - Intervention im Kosovo Konflikt und die dreimonatige Bombardierung Jugoslawiens sowie der Wiederausbruch des Tschetschenienkrieges sind die bestimmenden Konflikte in Europa - mit weitreichenden Konsequenzen u.a. für die Ausgestaltung der zukünftigen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Gesamtzahl der Konflikte in Europa ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben.

Trotz des im Oktober 1998 ausgehandelten Waffenstillstandes für das **Kosovo** eskalieren die Kämpfe zwischen serbischen Einheiten und der "Kosovo Befreiungsbewegung" UCK. Nach dem Massaker an albanischen Zivilisten in Racak am 16. Januar fordert die Balkan-Kontaktgruppe die Konfliktparteien ultimativ zu Verhandlungen über eine umfassende Autonomie für das Kosovo auf. In Rambouillet bei Paris unterschreibt die Delegation der Kosovo-Albaner am 15. März den Friedensplan, während die jugoslawische Regierung ihre Zustimmung verweigert. Darauf werden alle im Kosovo stationierten OSZE-Beobachter abgezogen. Nach einem letzten erfolglosen Vermittlungsversuch des US-Sonderbeauftragten Richard Holbrooke beginnt die NATO am 24. März mit Luftangriffen auf Jugoslawien. Die serbische Armee und Sonderpolizei intensivieren darauf die systematische Vertreibung von Kosovo-Albanern. Am 6. Mai einigen sich die Außenminister der G8-Staaten in Bonn auf ihre Bedingungen zur Beendigung des Luftkrieges. Der Friedensplan der G8-Staaten sieht die Stationierung einer internationalen Friedenstruppe (KFOR) und eine UN-Präsenz im Kosovo vor. Nachdem Jugoslawien dem Plan zugestimmt hat, wird der Luftkrieg am 9. Juni mit dem Abkommen von Kumanovo beendet. Daraufhin ziehen die serbischen Sicherheitskräfte ab und die Friedenstruppe rückt in das Kosovo ein. Nach der Beendigung des Krieges kehren hunderttausende kosovo-albanische Vertriebene zurück, während etwa 100.000 Serben und Roma

aus dem Kosovo fliehen. Trotz der Umwandlung der UCK in eine Zivilschutztruppe bleibt die Sicherheitslage in der Provinz prekär. Die ohnehin politisch instabilen Staaten Mazedonien und Albanien tragen während des Kosovo-Krieges die Hauptlast der Flüchtlinge.

Nach dem Krieg von 1994 bis 1996 bleibt der Konflikt um den politischen Status der faktisch unabhängigen russischen Republik **Tschetschenien** ungelöst. Tschetschenische Einheiten der "Islamischen Friedensbrigaden" unter Schamil Bassajew besetzen ab dem 3. August Dörfer in der russischen Nachbarrepublik **Dagestan**, um sie mit Tschetschenien zu vereinen. Nach einer Serie von Sprengstoffanschlägen in Moskau und anderen russischen Städten im September, für die die russische Regierung tschetschenische Rebellen verantwortlich macht, rücken russische Truppen am 30. September in Tschetschenien ein. Es gelingt ihnen, den gesamten Norden der Republik zu besetzen und die Hauptstadt Grosny einzuschließen. Auf dem OSZE-Gipfel am 18. November in Istanbul macht der russische Staatspräsident Jelzin deutlich, daß er den Konflikt als eine innere Angelegenheit Russlands betrachtet. Anlässlich eines Staatsbesuchs in China am 9. Dezember warnt er unter Verweis auf die eigenen Atomwaffen den Westen und v.a. die USA vor einer Einmischung. Rußland stellt den in Grosny verbliebenen Kämpfern und Bewohnern ein Ultimatum, die Stadt bis zum 11. Dezember zu verlassen oder bekämpft zu werden. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki am 6. und 7. Dezember verurteilen die Regierungschefs das russische Vorgehen und erwägen ein Einfrieren der IWF-Kredite.

In der russischen Nordkaukasus-Republik **Karatschajewo-Tscherkessien** strebt die tscherkessische Minderheit nach Autonomie. Nach der manipulierten Präsidentschaftswahl im Mai verschärfen sich die Spannungen mit der karatschajischen Volksgruppe. Aus Protest gegen den Wahlsieg des Karatschajers Wladimir Semjonow besetzen Tscherkessen im September für mehrere

Tage das Regierungsgebäude und bilden bewaffnete Einheiten.

Mit dem Beitritt zum Europarat am 27. April verpflichtet sich **Georgien** u.a. zum Schutz der nationalen Minderheiten, sowie zu einer friedlichen Regelung der Autonomiekonflikte um **Abchasien**, **Adscharien** und **Südossetien** innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Nachdem bekannt wird, daß sich der Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Öcalan, vor seiner Festnahme in der griechischen Botschaft in Kenia aufgehalten hat, kommt es im Februar zu einer diplomatischen Krise zwischen der **Türkei** und **Griechenland**. Trotz der Beschuldigungen seitens der Türkei, Griechenland unterstütze Terroristen und rüste Zypern militärisch auf, gelingt aufgrund der gegenseitigen Unterstützung bei den Erdbeben in beiden Staaten im August und September eine bedeutende politische Annäherung. Griechenland erwägt eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU in Betracht zu ziehen, falls die Türkei in der Ägäisfrage zu Gesprächen bereit sei und einer Aufnahme der Republik Zypern in die EU zustimme.

Nach massivem Druck der USA, der EU und der Türkei verzichtet die Republik **Zypern** im Dezember 1998 auf die angekündigte Stationierung von Luftabwehrraketen. Wegen der großangelegten Feiern zum 25-jährigen Jubiläum des Einmarsches der türkischen Truppen 1974 kommt es zu neuerlichen Spannungen auf der Insel. Durch die diplomatische Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei nach den Erdbeben, kann in New York am 3. Dezember nach eineinhalbjähriger Unterbrechung unter Vermittlung der UNO eine neue Gesprächsrunde zwischen der Republik Zypern und Nord-Zypern in New York beginnen.

Im Konflikt um die Rechte der ungarischen Minderheit in **Rumänien** halten die Spannungen zwischen der Regierung, der ungarischen Minderheit und Ungarn weiter an. Am 1. Juli verabschiedet das rumänische Parlament ein Bildungsgesetz, das den Minderheiten muttersprachlichen Schulunterricht und die Einrichtung eigener Fakultäten an Universitäten ermöglichen soll. Die Vertreter der ungarischen Minderheit kritisieren aber die restriktive

Umsetzung des Gesetzes. Ihre weitergehende Forderung nach einer staatlichen ungarischen Universität, die von der ungarischen Regierung unterstützt wird, lehnt die rumänische Regierung ab.

Die Umsetzung des Friedensabkommens für **Nordirland** vom 10. April 1998 scheiterte bislang trotz regelmäßiger Verhandlungen an der Weigerung der Protestanten, die katholische Sinn Fein, den politischen Arm der IRA, an der Regierung zu beteiligen, solange die IRA ihre Waffenlager nicht aufgelöst hat. Da diese Vorbedingung im Friedensvertrag nicht festgeschrieben war, weigerte sich die IRA einer Entwaffnung zuzustimmen. Am 8. November beginnt die jüngste Gesprächsrunde unter der Leitung von George Mitchell im Belfaster Schloß Stormont. Am 29. November gelingt ein entscheidender Durchbruch. Der designierte Ministerpräsident und Vorsitzende der protestantischen UUP, David Trimble, stimmt der Regierungsbeteiligung der Sinn Fein zu, ohne daß die IRA mit der Waffenabgabe begonnen hat. Die IRA wiederum verpflichtet sich, mit der Waffenabgabe zu beginnen und bis zum 22. Mai nächsten Jahres abzuschließen. Die als Ausmusterung bezeichnete Waffenabgabe soll von einer internationalen Kommission unter Leitung des kanadischen Ex-Generals John de Chastelain überwacht werden. Der neuen Regierung, die die Provinz nach 1972 erstmals wieder selbstverwaltet regieren wird, gehören acht protestantische und vier katholische Minister an.

Im Konflikt mit der baskischen Separatistenorganisation ETA in **Spanien** wird die von der ETA am 18. September 1998 ausgerufene Erklärung eines Waffenstillstandes am 22. November wieder angekündigt. Zuvor wurde der Dialog zwischen der spanischen Regierung und der ETA abgebrochen, weil Madrid der ETA-Forderung, das Selbstbestimmungsrecht des Baskenlandes als Verhandlungsbasis zu akzeptieren, nicht nachkommt.

Nach einem vorübergehenden Gewaltverzicht der korsischen FLNC, die die Unabhängigkeit der Insel von **Frankreich** mit terroristischen Mitteln erreichen will, nimmt die Zahl der Bombenanschläge im September und Oktober wieder zu. Die französische Regierung fordert weiterhin einen Gewaltverzicht der Separatisten vor möglichen Verhandlungen.

Übersicht: Konflikte in Afrika 1999

| 4: Krieg | | | | |
|----------------------------------|---|--|--------------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Angola | Regierung // UNITA-Rebellen | Nationale Macht, Ressourcen, Bürgerkrieg | 1992 | ↗ |
| Burundi | Regierung // Hutu-Rebellen | Nationale Macht, Bürgerkrieg | 1993 | ↗ |
| Eritrea / Äthiopien | Eritrea // Äthiopien | Grenze, Territorium | 1998 | ● |
| Guinea-Bissau | Regierung // Militär // Oppositionelle Gruppen | Nationale Macht | 1998 | ● |
| DR Kongo | Reg. Kongos (v. Namibia u. Tschad unterstützt) // RCD, MCL (v. Uganda u. Ruanda unterstützt) | Nationale Macht, Ressourcen, Bürgerkrieg | 1998 | ● |
| Sierra Leone | Regierung // AFRC, RUF | Nationale Macht, Bürgerkrieg | 1991 | ↗ |
| Sudan | Regierung // SPLA-Rebellen | Nationale Macht, Ressourcen, Autonomie, Sezession, Bürgerkrieg | 1989 | ● |
| 3: Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Kongo (Brazzaville) | Regierung // Rebellen unter Lisouba und Kolele | Nationale Macht | 1997 | ↗ |
| Liberia | Regierung // JFFL-Rebellen | Nationale Macht, Unruhen | 1997 | ↗ |
| Nigeria | Regierung // Verschiedene Stämme | Autonomie, Ressourcen | 1993 | ↗ |
| Somalia | Regionale Warlords // Regionale Warlords | Nationale Macht, Ressourcen | 1988 | ↗ |
| Uganda | Regierung // LRA | Nationale Macht | 1992 | ● |
| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Angola | Regierung // FLEC | Sezession (Cabinda) | 1982 | ● |
| Angola / Sambia | Angola // Sambia | Regionale Macht | 1999 beendet | neu |
| Komoren | Regierung // Rivalisierende Milizen | Autonomie, Sezession (Anjouan, Moheli) | 1997 | ↗ |
| Liberia / Guinea | Liberia // Guinea | Regionale Macht | 1999 | neu |
| Namibia | Regierung // CLA | Regionale Autonomie, Sezession (Caprivi-Streifen) | 1998 | ↗ |
| Ruanda | Regierung // Hutumilizen | Nationale Macht | 1994 | ↘ |
| Senegal | Regierung // MFDC | Sezession (Casamance) | 1982 | ↘ |
| Südafrika | Regierung, ANC // IFP // UDM | Nationale Macht (Kwa-Zulu-Natal) | 1999 | neu |
| 1: latenter Konflikt | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Eritrea | Regierung Eritrea // Regierung Sudan, Islamic Salvation Movement, Eritreische Befreiungsfront | Nationale Macht | 1994 | ↘ |
| Ghana | Regierung // Verschiedene ethnische Gruppierungen | Autonomie | 1994 | ● |

| 1: latenter Konflikt | | | | |
|------------------------------|--|---|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Kenia | Regierung // Verschiedene Ethnien | Nationale Macht (Verfassung) | 1991 | ● |
| Lesotho | Regierung, SADC // Militärs | Nationale Macht | 1998 | |
| Mali | Regierung // Tuareg Nomaden | Autonomie | 1990 | ● |
| Namibia / Botswana | Namibia // Botswana | Territorium, Grenze | 1991 | ● |
| Nigeria / Äquatorialguinea | Nigeria // Äquatorialguinea | Territorium, Grenze, Ressourcen | 1999 | neu |
| Nigeria / Kamerun | Nigeria // Kamerun | Territorium (Bakassi-Halbinsel), Ressourcen | 1993 | ● |
| Somalia | „Regierung“ v. Somaliland // Somalische Warlords | Nationale Macht, Ressourcen | 1991 | ● |
| Tansania | Regierung, CMM // CUF | Sezession, Autonomie (Sansibar), Nationale Macht (Verfassung) | 1993 | ● |
| Dschibuti | Regierung // FRUD | Nationale Macht | 1991 | ● |
| Zentralafrikanische Republik | Regierung // Oppositionelle Gruppierungen | Nationale Macht | 1997 | ● |

¹) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien²) Veränderung zum Vorjahr: ↗ bzw. **Eskalation** um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. **Deeskalation** um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ● keine Veränderung

Afrika

Auf dem afrikanischen Kontinent ist die Zahl der Konflikte zwar leicht zurückgegangen, gleichzeitig aber findet eine Verschiebung in höhere Intensitätsstufen statt. In fast zwei Dritteln der afrikanischen Konflikte lässt sich gelegentlicher, häufiger, oder sogar regelmässiger Gewalteininsatz feststellen. Bei den Streitgegenständen handelt es sich meist um innerstaatliche Machtkonflikte, oft werden aber auch Konflikte um Ressourcen dabei überdeckt. Zwischen Eritrea und Äthiopien findet wie im Vorjahr der einzige zwischenstaatliche Krieg in Afrika statt.

Im Nordosten **Namibias** kämpft die Caprivi Liberation Army (CLA) für die Unabhängigkeit des **Caprivi-Streifens**. Sie wird aus dem Ausland u.a. von der angolanischen Rebellenbewegung UNITA unterstützt. Im Berichtszeitraum eskaliert der Konflikt. Am 1./2. August wird die Provinzhauptstadt Katima Mulilo von der CLA überfallen. Der Überfall und weitere einzelne Zusammenstöße in den folgenden Wochen fordern mindestens 20 Todesopfer. Vom 2. bis 26. August verhängt Präsident Nujoma den Ausnahmezustand. Es kommt zu

Übergriffen namibischer Sicherheitskräfte gegen mutmaßliche Sezessionisten.

In **Somalia** ist 1999 eine Eskalation der Gewalt festzustellen. Etwa 30 Warlords kämpfen, von ihren Clans unterstützt, um die Kontrolle des Landes. Im April 1999 löst sich die 1998 gebildete Verwaltung für Mogadischu wieder auf. Im Laufe des Jahres kommt es wiederholt zu schweren Kämpfen um die strategisch wichtigen Städte Kismayo, Baidoa und Mogadischu. Bei diesen und weiteren Kämpfen in Unter-Shabelle verlieren bis zu tausend Kombattanten ihr Leben. Äthiopien und Eritrea unterstützen verschiedene Bürgerkriegsfraktionen mit Waffen, Ausbildung und Truppen. Immer wieder stattfindende Friedensgespräche zwischen Clanchefs zeigen bislang keine nennenswerten Resultate. In den Nachbarländern halten sich noch mindestens 250.000 Flüchtlinge auf.

Der Konflikt zwischen der Regierung von **Lesotho**, Teilen des Militärs und der Opposition ist 1999 deutlich deeskaliert. Im Dezember 1998 wird eine Interim Political Authority (IPA) geschaffen, die Neuwahlen einleiten soll. Die letzten Interventionstruppen der SADC (South-African Development Community) verlassen im Mai das Land.

Im Konflikt um stärkere Autonomierechte für **Sansibar** im tansanischen Bundesstaat wird am 9. Juni ein Abkommen zwischen der regierenden Partei

Chama Cha Mapinduzi (CMM) und der Oppositionspartei Vereinigte Staatsbürgerfront (CUF) unterzeichnet. Das Abkommen, das eine faire Beteiligung der CUF am politischen Geschehen vorsieht, wird jedoch nur schleppend umgesetzt.

Am 17. Januar beginnt der Abzug der ECOMOG-Truppen (Economic Community of West African States Cease-Fire Monitoring Group) von der Grenze **Liberias**. Präsident Charles Taylor trifft am 17. Juni mit Oppositionsführern zusammen. Diese unterbreiten der Regierung Empfehlungen, wie die Anliegen der UN, der EU und der USA umgesetzt werden können. Dabei geht es vor allem um eine Umstrukturierung der Armee, die eine ethnische Ausgewogenheit widerspiegeln soll.

Nach grenzübergreifenden Angriffen von Rebellengruppen der Joint Forces for the Liberation of Liberia (JFFL) schließt **Liberia** die Grenze zu **Guinea**. Die Rebellen nehmen mehrere Städte im Nordwesten Liberias ein. Im Grenzgebiet werden daraufhin Truppen stationiert und der regionale Ausnahmezustand verhängt. Im September unternehmen liberianische Sicherheitskräfte einen Angriff gegen die Rebellen über die Grenze, der von Guinea zurückgeschlagen wird. Nach einem Treffen der Führer sieben westafrikanischer Länder am 16. September in Ajuna kommt es zu einer Annäherung Liberias und Guineas, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Rebellen der JFFL offenbar nicht von Guinea gesteuert sind.

Nach dem Abschluß der Aufarbeitung der Apartheid durch die Wahrheitskommission in **Südafrika** tritt der Konflikt zwischen African National Congress (ANC) und der Inkatha Freedom Party (IFP) in der Provinz **Kwa-Zulu-Natal** in den Vordergrund. Die regionale IFP unter ihrem Führer, dem Zulu-Chief Mangosuthu Buthelezi, konkurriert mit dem ANC gewaltsam um die Macht in der Provinz. Durch das Aufkommen einer dritten Partei, der United Democratic Movement (UDM), wird die Situation zusätzlich verschärft. Die Ermordung des Politikers Sifiso Nkabinde (UDM) im Januar leitet eine neue Gewaltwelle ein. Anhänger der UDM eröffnen das Feuer auf ein Haus von ANC-Anhängern. Am 26. Januar wird daraufhin ein weiterer Politiker der UDM, Vulindlela Matiyase, ermordet.

Angola beschuldigt die Regierung von **Sambia**, die UNITA zu unterstützen und spricht im Frühjahr militärische Drohungen aus. Sambia bestreitet die Vorwürfe und antwortet mit Gegendrohungen. Am 10.5. treffen sich beide Seiten in Swasiland zu Ge-

sprächen. Am 8. Juni wird der Konflikt unter Vermittlung von König Mswati beigelegt.

Im Bürgerkrieg in der **DR Kongo** greifen im Januar Truppen von Präsident Laurent Kabila die Rebellen des Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) vom Gebiet der Zentralafrikanischen Republik aus an. Die extern Beteiligten am Bürgerkrieg, Simbabwe, Angola, Namibia und der Tschad auf Seiten Kabilas sowie Ruanda und Uganda auf Seiten des RCD, einigen sich am 18. Januar auf eine vorläufige Feuerpause. Nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens im libyschen Sirte zieht der Tschad als erster seine Truppen aus dem Kongo zurück. Kabila führt mit Uganda und Ruanda Verhandlungen über den Rückzug ihrer jeweiligen Verbände. Am 3. Juli unterzeichnen alle Bürgerkriegsparteien in Lusaka ein Friedensabkommen. Unter Druck der USA, Ugandas, Ruandas und der South African Development Community (SADC) unterzeichnen auch die drei Rebellengruppen des RCD die Vereinbarung. Am 17. September schickt die UNO 90 Militärbeobachter in den Kongo. Kabila stimmt der Stationierung von 500 Mitgliedern der MONUC-Mission der OAU zu.

Am 26. Januar liefern sich in der Hauptstadt des **Kongo, Brazaville**, Truppen von Präsident Sassou-Ngesso mit denen von Ex-Präsident Lisouba heftige Kämpfe. Durch Vermittlung des Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Patasse, beginnen am 24. August Friedensverhandlungen zwischen beiden Parteien.

Der Bürgerkrieg in **Guinea-Bissau** zwischen den Truppen von Generalstabschef Mane und Präsident Vieira hält unvermindert an. Auf Initiative von ECOWAS (Economic Council of West African States) wird im Frühjahr eine Friedenstruppe der ECOMOG, bestehend aus Truppen von Niger, Gambia, Togo und Mali, entsandt. Die Truppen werden im Gebiet von Bissau in Kämpfe mit den Truppen Manes und Vieiras verwickelt. Frankreich, das die ECOMOG-Truppen finanziert, greift mit einem Kriegsschiff in die Kämpfe ein. Die im Land befindlichen senegalesischen und guineischen Truppen ziehen bis zum 16. März ab, woraufhin Generalstabschef Mane den Präsidenten Vieira für abgesetzt erklärt. Dieser flieht nach Portugal. Mane installiert eine Übergangsregierung und läßt am 28. November Wahlen abhalten.

Im Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und der von Jonas Savimbi geführten UNITA in **Angola** endet nach zwanzig Monaten am 1. März die MONUA-Mission der UNO, für deren Scheitern größ-

tenteils die UNITA verantwortlich gemacht wird. Gegen Ende des Jahres beginnen die Regierungs - Truppen eine Offensive im Norden und Osten Angolas, um der UNITA die Herrschaft über die ertragreichen Diamantenminen zu nehmen.

Die Eskalation des Krieges zwischen **Eritrea** und **Äthiopien** bedroht weiterhin die Sicherheit der gesamten Region um das Horn von Afrika. Die Vermittlungsversuche des US-Gesandten Lake und des kenianischen Präsidenten Moi bleiben ebenso erfolglos, wie die Friedensaufrufe des UN-Sicherheitsrates. Am 16. Februar wendet sich Eritrea an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH), der im Grenzstreit mit Äthiopien entscheiden soll. Eine am 18. Februar beginnende Vermittlungsmission der EU bleibt erfolglos. Die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) beginnt am 23. Februar in Asmara / Eritrea ihre Friedensmission. Obgleich die Kämpfe weitergehen, akzeptiert Eritrea am 1. März den mit der OAU ausgearbeiteten Friedensplan. Äthiopien hingegen fordert den Rückzug aus der umkämpften Badame-Region sowie die Kapitulation Eritreas, und ist trotz andauernder Vermittlungen nicht zur Unterzeichnung des Friedensplans bereit.

Der Konflikt in **Eritrea** zwischen der Regierung des Staatspräsidenten Issayas Afewerki und den vom **Sudan** aus operierenden Oppositionsgruppen der Islamic Salvation Movement und eritreischer Befreiungsfront entspannt sich. Am 2. Mai 1999 wird in Doha/ Qatar ein Versöhnungsabkommen geschlossen. Beide Staaten verzichten darin auf die Unterstützung der Rebellen im jeweils anderen Staat und nehmen wieder diplomatische Beziehungen zueinander auf.

Die Hauptstadt **Sierra Leones** wird am 6. Januar von Verbänden der Armed Forces Revolutionary Council (AFRC) und der Revolutionary United Front (RUF), überfallen. Nur mit Mühe gelingt es den ECOMOG-Truppen die Rebellen zurückzudrängen und die Sicherheit in der Region um die Hauptstadt wieder herzustellen. Über 5000 Menschen werden bei den Gefechten getötet, über 90% der Gebäude in der Region sind zerstört. Ein am 18. Mai von der RUF und der Regierung unter Präsident Kabbah unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen wird wiederholt gebrochen. Unter Vermittlung und Aufsicht der UN, der USA, Großbritanniens und des Commonwealth unterzeichnen Regierung und RUF am 7. Juli ein Friedensabkommen im togolesischen Lomé. Trotzdem kommt es immer wieder zu Übergriffen einzelner, versprengter Rebellengruppen auf die Zivilbevölkerung. UN-Generalse-

ekretär Kofi Annan fordert die Rebellenführer auf, den Friedensprozess zu unterstützen und auf ihre Soldaten einzuwirken.

In **Nigeria** führt die Wahl Obasanjos zum Präsidenten zu weiteren massiven Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien der Yoruba und den Hausa-Fulani. Die Hausa erklären, daß sie sich bei der Kabinettsbesetzung des Yoruba Obasanjo benachteiligt fühlen. In Lagos kommt es im Frühjahr und im November zu Angriffen von Yoruba auf Hausa. Als Vergeltung greifen im Juli Hausa in der nordnigerianischen Stadt Kano Angehörige des Yorubastammes an. Bei den schweren Unruhen in Lagos werden mindestens 50 Menschen getötet.

Ein weiterer Krisenherd ist die Zamfaria-Region. Die Einführung der Scharia (islamisches Recht), stellt einen klaren Einflussverlust für die Regierung Obasanjo dar. Hinzu kommen die Konflikte im Niger-Delta, der Ölförderregion Nigerias. Dort kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Bewohner der Delta-Region, grösstenteils Angehörige des Ijaw-Stammes, verlangen eine Beteiligung an den Gewinnen aus der Ölförderung und härtere Umweltschutzaufgaben für die Förderfirmen. Bewaffnete Jugendliche des Ijaw-Stammes überfallen immer wieder staatliche sowie private Sicherheitskräfte der Ölförderfirmen. Um die Unruhen zu beenden, werden Armeeeinheiten in die Region entsendet. Bei Einsätzen Ende November / Anfang Dezember kann die Armee grosse Mengen Waffen und Munition der Ijaw sicherstellen.

Im Streit um die Festlegung der Seegrenzen im äusserst ressourcenreichen Golf von Guinea bemühen sich **Nigeria** und **Äquatorialguinea** um eine friedliche Lösung. Nguema Mbasogo, der Präsident Äquatorialguineas und sein nigerianischer Amtskollege Obasanjo, treffen sich am 3. Dezember in Abuja, der Hauptstadt Nigerias. Am Ende dieses Treffens steht ein gemeinsam erarbeitetes Kommuniqué, demzufolge sich ein von beiden Seiten gebildetes Ministerkomitee mit der Klärung des Grenzproblems befassen soll.

Trotz des Waffenstillstandsabkommen vom 20. Juli 1998 geht der Bürgerkrieg in **Burundi**, zwischen den Hutu-Milizen von FDD (Front Nationale pour la Défense de la Démocratie) und CNDD (Conseil Nationale pour la Défense de la Démocratie) gegen die burundische Tutsi-Regierung auch 1999 weiter. Auch nach mehreren Gesprächen im tansanischen Arusha gibt es keine Fortschritte im Friedensprozeß. Die Zivilbevölkerung im Süden Burundis ist ständigen Angriffen, sowohl von Armee als auch Milizen ausgesetzt. Das Wirtschaftsembargo, das

am 13. Januar 1998 von den Nachbarstaaten Burundi verhängt wurde, um die Konfliktparteien zu einer Einigung zu bewegen, wird am 18. Januar 1999 ergebnislos wieder aufgehoben. Nach dem Tod des bisherigen Vermittlers, des ehemaligen Präsidenten Tansanias, Julius Nyerere, wird Nelson Mandela am 1. Dezember 1999 zu dessen Nachfolger gewählt.

Der Bürgerkrieg im **Sudan** zwischen der islamistischen Regierung und den separatistischen Bewegungen im Südsudan hält unvermindert an. Die Rebellen der SPLA kämpfen für eine Autonomie des christlichen Südens von der islamistischen Regierung des Sudan. Die SPLA und die christliche UMMA-Partei haben sich mit kleineren Rebellen-Gruppen und Parteien unter dem Dachverband der NDA zusammengeschlossen. Während der Kämpfe finden mehrere Gespräche zwischen den Konfliktparteien statt. Die dabei erzielten Waffenstillstandsvereinbarungen werden aber immer wieder gebrochen. Auf einer Konferenz der afrikanischen Entwicklungsgemeinschaft IGAD am 27. November in Rom schließen die Regierung unter dem Präsidenten Bashir und Vertreter der UMMA-Partei ein Abkommen, in dem den Südsudanese Minderheitenrechte und Religionsfreiheit eingeräumt werden. Die SPLA lehnt diesen Vertrag als nicht weitgehend genug ab. Am 12. Dezember 1999 löst Staatschef Bashir das Parlament auf und verhängt den Ausnahmezustand.

In **Uganda** geht der Konflikt zwischen Regierung und der Rebellenorganisation LRA (Lords Resistance Army) weiter. Diese will den Präsidenten Museveni stürzen und einen christlich, fundamentalistischen Gottesstaat im Norden des Landes auf-

bauen. Die LRA wird von der Regierung des Sudan unterstützt, während Uganda seinerseits die SPLA im Südsudan unterstützt. Iran, Malawi und der ehemalige U.S. Präsident Jimmy Carter vermitteln zwischen Uganda und Sudan. Auf deren Initiative kommt es am 9. Dezember 1999 zu einem Kooperationsabkommen zwischen beiden Staaten.

Die Situation in **Ruanda** hat sich entspannt. Extremistische Hutu-Milizen und Regierungstruppen bekämpfen sich dennoch gelegentlich im Norden des Landes. Nach fünf Jahren verlängert die Militärübergangsregierung der nationalen Einheit am 10. Juni 1999 ihre Amtszeit um weitere 4 Jahre. Das Gremium zur Aufklärung des Genozids von 1994 in Ruanda nimmt am 3. Mai in Uganda seine Arbeit auf, die Vereinten Nationen untersuchen ihre Mitschuld am Völkermord. Am 4. August werden 3 ruandische Minister, die im Verdacht stehen, für die Vorgänge von 1994 mitverantwortlich zu sein, dem Tribunal in Arusha überstellt.

Die Frage der Unabhängigkeit der Region **Casamance** von **Senegal** bietet nach wie vor Anlaß zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Armee und Einheiten der MFDC (Mouvement des forces démocratiques de Casamance), insbesondere kurz vor dem Treffen von Vertretern der MFDC in Banjul (Gambia), anläßlich der bevorstehenden Verhandlungen mit der Regierung. Da beide Seiten ihren Willen zum Frieden betonen und sich um eine Einigung bemühen, kann trotz vereinzelter Kampfhandlungen von einer Deeskalation gesprochen werden.

Übersicht: Konflikte in Amerika 1999

| 4: Krieg | | | | |
|----------------------------------|--|-------------------------------|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Kolumbien | Regierung // Guerilla:FARC // paramilitär. Gruppen (AUC) | Politisches System | 1961 | ● |
| 3: Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Kolumbien | Regierung // ELN // paramilitär. Gruppen (AUC) | Politisches System | 1961 | ● |
| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Mexiko | Regierung // EZLN (Zapatisten) | Autonomie, Politisches System | 1994 | ● |
| Peru | Regierung // Leuchtender Pfad | Politisches System | 1980 | ● |

| 1: latenter Konflikt | | | | |
|------------------------------|------------------------------------|---|-----------------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Argentinien / Großbritannien | Argentinien // Großbritannien | Territorium (Falklandinseln) | 1965 | ● |
| Argentinien / Chile | Argentinien // Chile | Territorium (Grenzverlauf in den Anden) | 1902 | ● |
| Bolivien / Chile | Bolivien // Chile | Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik) | 1964 | ● |
| Ecuador / Peru | Ecuador // Peru | Territorium (Kondorberge) | 1953 beendet | ↘ |
| Guatemala / Belize | Guatemala // Belize | Territorium (Grenzverlauf) | 1991 | ↘ |
| Kanada | Kanada // Provinzregierung Quebecs | Sezession (Quebec) | 1990 | ↘ |
| Kanada / USA | Kanada // USA | Territorium (Lachsfangrechte) | 1996 | ● |
| Mexiko | Regierung // ELN | Autonomie (Guerreo) | 1997 | ● |
| Nicaragua / Kolumbien | Nicaragua // Kolumbien | Territorium (San-Andrés-Archipel) | 1980 | ● |
| USA / Kuba | USA // Kuba | System, geostrategische Lage (Wirtschaftsembargo) | 1961 | ● |
| Venezuela / Guyana | Venezuela // Guyana | Territorium (Essequibo) | 1962 | ● |
| Venezuela / Kolumbien | Venezuela // Kolumbien | Territorium (Monjes-Inseln) | 1952 | ● |

¹) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien²) Veränderung zum Vorjahr: ↗ bzw. **Eskalation** um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. **Deeskalation** um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ● keine Veränderung

AMERIKA

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl und die Intensität der Konflikte auf dem amerikanischen Kontinent weitgehend konstant geblieben. Mit Ausnahme des Krieges in Kolumbien werden alle Konflikte überwiegend oder gänzlich gewaltfrei ausgetragen. Bei der Mehrzahl der Konflikte handelt es sich um Grenzstreitigkeiten. In der konfliktärmsten Region werden 1999 keine Putsche oder Putschversuche beobachtet, auch können keine neuen Konflikte beobachtet werden.

Am 7. Januar lockert die US-amerikanische Regierung einige Bestimmungen ihres 1961 verhängten Embargos gegen **Kuba**. Danach sind wieder direkte Post-, Telefon- und Flugverbindungen möglich. US-Präsident Clinton setzt auch 1999 das 1996 vom US-Kongreß verabschiedete Helms-Burton-Gesetz nicht in Kraft. Das Gesetz sieht Sanktionen gegen Drittländer vor, die mit Kuba Handel treiben. Auf ihrem Gipfeltreffen in Rio de Janeiro bekunden die Regierungschefs Lateinamerikas und der EU ihre Ablehnung gegenüber wirtschaftlichen und politischen Boykottmaßnahmen, die internationalem

Recht und den Prinzipien des freien Handels widersprechen würden.

In **Mexiko** ruft die Regierung das Zapatistische Befreiungsheer (EZLN) zu neuen Verhandlungen über die Autonomie der Provinz **Chiapas** auf. Die EZLN lehnt das vorgeschlagene 6-Punkte-Programm ab und verlangt ihrerseits eine Reduzierung der Militärpräsenz in der Provinz. In der Provinz **Guerrero** tritt neben der ELN eine neue bewaffnete Organisation, das „Kommando Aufständischer Campensinos“, auf.

In **Kolumbien** dauern die kriegerischen Auseinandersetzungen mit unverminderter Intensität an. Die beiden voneinander unabhängigen Guerillagruppen FARC und ELN bekämpfen sowohl die Regierung als auch paramilitärische Gruppen. Mit dem Ziel einer politischen Konfliktlösung trifft sich Präsident Andres Pastrana mit dem Chef der FARC. Die Streitkräfte ziehen sich aus einem Gebiet im Süden des Landes zurück, um eine neutrale Zone zu schaffen. Die seit Jahresbeginn stattfindenden Verhandlungen mit der FARC werden mehrmals ausgesetzt und im Juli abgebrochen. Auch die Gespräche der

Regierung mit der ELN sind nicht mehr aufgenommen worden.

An dem Konflikt zwischen **Nicaragua** und **Kolumbien** um die kolumbianischen San-Andrés Inseln vor der nicaraguanischen Atlantikküste ist seit diesem Jahr auch **Honduras** beteiligt. Am 30. November ratifiziert das honduranische Parlament den 1986 mit Kolumbien unterzeichneten Vertrag über die Seegrenzen in der Karibik. Nicaragua erkennt dieses Abkommen, das auch die San-Andrés Inseln umfaßt, nicht an. Das Land verhängt Strafzölle auf honduranische Waren und schränkt die Handelsbeziehungen zu Honduras ein.

In **Peru** wird der Leuchtende Pfad (Sendero Luminoso) durch die Verhaftung des Anführers Ramirez Durand am 14. Juli weiter geschwächt. Die gesplattene und politisch isolierte Guerilla ist nur noch zu

sporadischen Anschlägen und Überfällen in der Lage.

Mit der Ratifizierung des im vergangenen Jahr unterzeichneten Abkommens zwischen **Ecuador** und **Peru** ist der Grenzkonflikt um die Kondorberge beigelegt.

Im latenten Konflikt um die Falkland/Malvinas-Inseln zwischen **Argentinien** und **Großbritannien** entspannen sich die bilateralen Beziehungen weiter. Im Mai unterzeichnen beide Länder mit Vertretern der Inseln ein Abkommen, das die Besuchsrechte für Argentinier regelt.

Nach der Beilegung des latenten Konfliktes zwischen **Venezuela** und **Guyana** um das Essequibo-Gebiet im Vorjahr erneuert Venezuela 1999 seine Territorialforderungen an Guyana.

Übersicht: Konflikte in Asien 1999

| 4: Krieg | | | | |
|----------------------------------|--|---------------------------------------|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Indien / Pakistan | Indien // Pakistan // Kaschm. u. pak. Freischärler | Sezession, Territorium (Kaschmir) | 1947 | ↗ |
| Sri Lanka | Regierung // PLOTE // TELO // LTTE, u.a. | Sezession, Autonomie (Nordostregion) | 1956 | ● |
| 3: Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Indonesien | Regierung // Nationale Front zur Befreiung Acehs | Sezession, Autonomie (Aceh) | 1953 | ↗ |
| Indonesien | Regierung // CNRM // INTERFET | Sezession, Unabhängigkeit (Ost-Timor) | 1974 | ↗ |
| Indonesien | Regierung // Malayen // Dajaks und Maduresen | Sonstige (Kalimantan [Borneo]) | 1998 | ● |
| Indonesien | Regierung // Christen // Muslime | Sonstige (Molukken) | 1998 | ● |
| Nepal | Regierung // UPF, JanaYudha | Nationale Macht, Ideologie, System | 1996 | ● |
| Nord- / Südkorea | Nord- // Südkorea | Ideologie, System, Regionale Macht | 1953 | ↗ |
| Pakistan | Regierung // Pak. Militär // Schiiten // Sunniten | Sonstige (Karatschi) | 1977 | ● |
| Philippinen | Regierung // MILF | Sezession, Autonomie (Mindanao) | 1970 | ↗ |
| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Bangladesch | Regierung // Opposition | Nationale Macht, System | 1991 | ● |
| Bangladesch / Indien | Bangladesch // Indien | Grenzstreitigkeiten | 1999 | neu |
| VR China | Regierung // Tibeter | Sezession / Autonomie (Tibet) | 1950 | ● |
| VR China | Regierung // Falun Gong | Autonomie | 1999 | neu |

| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
|---|--|---|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| VR China / Taiwan / Brunei / Malaysia / Philippinen / Vietnam | VR China // Taiwan // Brunei // Malaysia // Philippinen // Vietnam | Territorium, Ressourcen (Spratly/Paracel- Inseln) | 1974 | ↗ |
| Indien | Regierung // Bodo-Stämme | Autonomie (Assam) | 1983 | ↘ |
| Indonesien | Regierung // Demokratisierungsbewegung | System, Ideologie, Nationale Macht | 1997 | ● |
| Kambodscha | Hun Sen // Ranariddh // Rote Khmer | Nationale Macht | 1975 | ↘ |
| Myanmar | Regierung // Karen | Regionale Autonomie | 1948 | ↘ |
| Taiwan / VR China | Taiwan // VR China | Nationale Macht | 1949 | ↗ |
| 1: latenter Konflikt | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Bangladesh | Bangladesh // Shanti Bahini | Autonomie (Chittagong) | 1991 | ● |
| Bhutan / Nepal | Bhutan // Nepal | Sonstige (nepalesischen Minderheit in Bhutan) | 1992 | ● |
| VR China | Regierung // Uiguren | Autonomie (Uiguren) | 1997 | ● |
| VR China / Rußland | VR China // Rußland | Territorium (Grenze) | 1966 | ● |
| VR China / Vietnam | VR China // Vietnam | Territorium (Grenze) | 1964 | ● |
| Indonesien | Regierung // OPM | Sezession (Irian Jaya [West-Papua]) | 1963 | ↘ |
| Indien | Regierung // Autonomiebewegung | Autonomie (Punjab) | 1981 | ↘ |
| Indien / VR China | Indien // VR China | Territorium (Grenze) | 1954 | ● |
| Japan / Rußland | Japan // Rußland | Territorium (Kurilen-Inseln) | 1945 | ● |
| Südkorea / Japan | Südkorea // Japan | Territorium (Tokto-Insel) | 1945 | ● |
| Malaysia | Regierung // Opposition | Nationale Macht, System | 1998 | ● |
| Myanmar | Regierung // Opposition | Nationale Macht, System | 1998 | ● |
| Papua-Neuguinea | PNG // BRA | Autonomie (Bougainville) | 1975 | ● |
| Philippinen | Philippinen // NDF | Ideologie, System | 1968 | ● |
| ¹⁾ aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien ²⁾ Veränderung zum Vorjahr: ↗ bzw. Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ● keine Veränderung | | | | |

Asien

Im Vergleich zum Vorjahr sind in Asien sowohl mehr als auch intensivere Konflikte zu beobachten. Die Konflikte in Ostasien sind überwiegend zwischen-staatlicher Natur. Im Unterschied dazu dominieren in Süd- und Südostasien interne Konflikte um Autonomie bzw. Unabhängigkeit und um politische Partizipation.

Ostasien

Der Konflikt zwischen **Süd- und Nordkorea** erreicht am 15. Juni mit einem Seegefecht, das ca. 30 Todesopfer fordert, einen vorläufigen Höhepunkt. Dennoch setzen beide Staaten ihre Gespräche über

Familienzusammenführung und andere Themen fort. Die Ankündigung Nordkoreas, eine Langstreckenrakete zu testen, führt zu Sanktionsandrohungen seitens Südkorea, den USA und Japan. Nordkorea verzichtet nach bilateralen Gesprächen mit den USA in Berlin auf den Test. Im Gegenzug lockern die USA einige Handelssanktionen gegen Nordkorea.

Nachdem **Taiwan** im Juli sein Verhältnis zur VR China als „Staat zu Staat Beziehungen“ bezeichnet hat, reagiert die VR China mit Luftmanövern. Um eine militärische Eskalation zu verhindern, vermitteln die USA zwischen beiden Seiten.

In der VR China spitzt sich seit Anfang März der Konflikt zwischen der chinesischen Glaubensge-

meinschaft **Falun Gong** und der Regierung der **VR China** zu. Im Juli wird die Bewegung verboten.

Im Streit um die Zugehörigkeit der **Paracel-/Spratly Inseln** kommt es Anfang 1999 zu Auseinandersetzungen zwischen den **Philippinen** und **VR China**. Die **Philippinen** protestieren gegen den Beschuß eines Jagdflugzeugs und gegen den Ausbau von Gebäuden auf dem Tennent Riff durch **Vietnam**. Am 19. November erklärt **Taiwan** seinen Rückzug von einzelnen Archipelen.

Südasiien

Der Konflikt zwischen **Bhutan** und **Nepal** um die Ausweisung der nepalesisch-stämmigen Bevölkerung aus Bhutan hält trotz der im September aufgenommenen neuen bilateralen Verhandlungsrunde an.

In **Nepal** halten die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den maoistischen Untergrundkämpfern Jana Yudha an. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Mai, die von schweren Gewalttaten begleitet werden, erzielt mit der Nepali Congress Party erstmals seit mehreren Jahren eine politische Partei die absolute Mehrheit. Am 29. November bietet die nepalesische Regierung der Guerilla eine Amnestie an.

In **Indien** zerbricht Ende April zum dritten Mal in drei Jahren die Koalitionsregierung. Obwohl sich die Regierungschefs Indiens und Pakistans im Februar auf vertrauensbildende Maßnahmen einigen, eskaliert der Streit um **Kaschmir** Anfang Mai. Entlang der Waffenstillstandslinie werden die heftigsten Kämpfe seit 1971 geführt, wobei Indien seine Aktionen damit begründet, daß pakistanische Freischärler in den indisch kontrollierten Bereich eingedrungen seien. Indien lehnt eine Vermittlung ab, stellt aber die Kampfhandlungen ein, nachdem es mit Pakistan eine Übereinkunft über den Abzug der pakistanischen Milizen erzielt hat. Das Nachgeben von **Pakistan** schwächt die innenpolitische Position der Regierung Sharif, die am 12. Oktober vom pakistanischen Militär gestürzt wird. Die Mitgliedschaft Pakistans im Commonwealth wurde daraufhin suspendiert.

In **Bangladesch** schwelt der Konflikt um die **Chittagong Hill Tracts** weiter. Darüberhinaus werden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Opposition insgesamt ca. 50 Menschen getötet.

Im Juni 1999 beginnt die Armee **Sri Lankas** mit einer Offensive im Nordosten, um die Verbindungs-

straße nach Jaffna einzunehmen. Im Verlauf einer Anfang November 1999 begonnenen Gegenoffensive nimmt die tamilische Guerillaorganisation LTTE mehrere Militärstützpunkte und Städte ein. Die Kämpfe fordern auf beiden Seiten sehr hohe Verluste. Angesichts der bevorstehenden Wahlen ist eine baldige politische Lösung unwahrscheinlich.

Südostasien

In **Myanmar** legen die Rebellen der Mong Tai ihre Waffen nieder. Der Konflikt zwischen der Regierung von Myanmar und der karenischen Guerillaorganisation KNLA schwelt jedoch weiter.

Der Ministerpräsident von **Kambodscha**, Hun Sen, lehnt den Vorschlag einer Expertenkommission der UN ab, einen internationalen Gerichtshof zur strafrechtlichen Verfolgung der Menschenrechtsverbrechen durch die Roten Khmer einzurichten.

Auf den **Philippinen** scheitern im Mai die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der kommunistischen National Democratic Front. Trotz ihrer inoffiziellen Kontakte mit der philippinischen Regierung nimmt die auf der Insel Mindanao aktive Moro Islamic Liberation Front die Kämpfe wieder auf. Zwei im Juli und Oktober getroffene Waffenstillstandsvereinbarungen werden nicht eingehalten.

Der Anführer der Demokratiebewegung in **Malaysia**, Anwar Ibrahim, wird im April zu sechs Jahren Haft verurteilt, weshalb die Opposition zu Massendemonstrationen aufruft.

Am 7. Juni werden in **Indonesien** die ersten freien Parlamentswahlen seit 44 Jahren abgehalten. Bei den von 3 mehreren Unregelmäßigkeiten begleiteten Wahlen gewinnt die Partei der früheren Oppositionspolitikerin Megawati Sukarnoputri mit ca. 34% die relative Mehrheit der Stimmen. Aus den Präsidentschaftswahlen im Oktober geht der ehemalige Oppositionspolitiker Abdurrahman Wahid als Sieger hervor. Seine Stellvertreterin wird Megawati Sukarnoputri.

In der indonesischen Provinz **Aceh** eskalieren die Kämpfe zwischen indonesischen Soldaten und Polizisten auf der einen Seite sowie den muslimischen Sezessionisten, der Nationalen Front zur Befreiung Acehs auf der anderen Seite.

Auf den indonesischen **Molukken-Inseln** und **Borneo** werden bei Krawallen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ca. tausend Menschen getötet.

Im Februar 1999 entläßt die indonesische Regierung den **osttimoresischen** Rebellenführer Gusmão aus

der Haft und akzeptiert ihn als Verhandlungspartner. Im März und im April 1999 vermittelt er einen Waffenstillstand zwischen den proindonesischen Milizen und ost-timoresischen Unabhängigkeitsbewegung CNRM, den die Milizen, deren Entwaffnung nicht beschlossen wird, aber nicht einhalten. Nach längeren durch die UN vermittelten Verhandlungen mit der ehemaligen Kolonialmacht in Ost-Timor, Portugal, stimmt Indonesien Ende April 1999 der Abhaltung einer Volksbefragung in Ost-Timor zu, bei der sich die örtliche Bevölkerung zwischen einem Autonomiestatut oder der Unabhängigkeit von Indonesien entscheiden soll. Am 5. Mai 1999 werden in New York zwischen den UN, Indonesien und Portugal entsprechende Verträge unterzeichnet.

Aufgrund der sich verschärfenden Sicherheitslage wird das unter Aufsicht der UN Assistance Mission to East Timor, UNAMET, organisierte und durchgeführte Referendum nach zweimaliger Verschiebung am 30. August abgehalten; zu einem Zeitpunkt, zu dem das neugewählte indonesische Parlament noch nicht zusammengetreten und der

neue indonesische Staatspräsident noch nicht gewählt worden ist. Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 99% stimmen 79% der Wahlberechtigten für die Unabhängigkeit Ost-Timors. Da die Milizen und das indonesische Militär den möglichen Verlust Ost-Timors nicht akzeptieren können und eine Signalwirkung für die anderen Separationskonflikte in Indonesien befürchten, bedrohen, ermorden und vertreiben sie die Zivilbevölkerung, plündern und zerstören die Infrastruktur. Die genaue Zahl der Ermordeten und Vertriebenen ist unbekannt. Ca. 200.000 Menschen fliehen in das indonesische West-Timor, wo sie von Milizen tyrannisiert und an der Rückkehr nach Ost-Timor gehindert werden. Unter großem internationalen Druck akzeptiert Indonesien die vom UN-Sicherheitsrat am 15. September unter Bezugnahme auf Kapitel VII der UN-Charta beschlossene Entsendung der Friedenstruppe INTERFET, die die Bevölkerung Ost-Timors schützen soll. Das neu zusammengetretene indonesische Parlament gewährt am 20. Oktober Ost-Timor die Unabhängigkeit.

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 1999

| 4: Krieg | | | | |
|----------------------------------|--|-------------------------------------|--------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Afghanistan | Taliban // Mas'ud | Nationale Macht | 1978 | ● |
| 3: Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Algerien | Regierung // GIA, FIS, AIS | System, Autonomie | 1991 | ● |
| Irak | Irak // UNO, USA | Internationale Macht | 1991 | ↗ |
| Irak | Regierung // Schiiten | Autonomie | 1991 | ↗ |
| Israel / Libanon | Regierung // Hisbollah | Sonstiges (Sicherheitszone) | 1948 | ● |
| Kirgisistan | Reg. v. Kirgisistan // Reg. v. Usbekistan // tadschikische und usbekische Rebellen | Autonomie | 1999 | neu |
| Türkei | Türkei // (PKK) | Autonomie, Sezession | 1979 | ● |
| Usbekistan | Regierung // islamische Opposition | System (Islam. Staat) | 1997 | ↗ |
| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Ägypten | Regierung // isl. Dschihad, Gaamat-al-Islamiya, Ichwan // Muslimbrüder | System (Islam. Staat) | 1997 | ● |
| Armenien / Aserbaidshchan | Armenien // Aserbaidshchan | Territorium, Autonomie | 1988 | ● |
| Irak | Regierung // Kurden | Autonomie | 1991 | ↘ |
| Israel | Regierung // PLO | Autonomie, Nationale Unabhängigkeit | 1948 | ↘ |

| 2: meist gewaltlose Krise | | | | |
|--|---|--|--------------|-------------------|
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Jemen | Regierung // islam. Dschihad | Autonomie, Nationale Macht, | 1994 | ↗ |
| Marokko | Regierung // POLIOSARIO | Nationale Unabhängigkeit, Ressourcen (West-Sahara) | 1976 | ● |
| Irak | PUK // DPK | Autonomie | 1992 | ↘ |
| Tadschikistan | Regierung // Islamische Opposition | System (Islam. Staat) | 1997 | ↘ |
| 1: latenter Konflikt | | | | |
| betroffene(r) Staat(en) | Konfliktparteien ¹ | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ² |
| Afghanistan | USA, UNO // Afghanistan | Sonstiges (Auslieferung Bin Laden) | 1999 | neu |
| Bahrain | Regierung // Schiiten | Nationale Macht | 1996 | ↘ |
| Bahrain / Qatar | Bahrain // Qatar | Territorium (Grenze) | 1967 | ↘ |
| Iran | Regierung // Oppositionelle Gruppierungen | Nationale Macht | 1997 | ● |
| Iran / Afghanistan | Iran // Afghanistan | Int. Macht | 1998 beendet | ● |
| Iran / Irak | Iran // Irak | Int. Macht | 1980 | ● |
| Iran / Vereinigte Arabische Emirate | Iran // VAE, (SAU) | Territorium (Grenze) | 1971 | ● |
| Israel / Syrien | Israel // Syrien | Territorium (Grenze) | 1967 | ● |
| Jemen / Saudi Arabien | Jemen // Saudi Arabien | Territorium (Grenze) | 1992 | ● |
| Kuwait / Saudi Arabien | Kuwait // Saudi Arabien | Territorium (Grenze) | ?? | ● |
| Libyen | Libyen //USA, UNO | Int. Macht | 1992 beendet | ● |
| Qatar / Saudi Arabien | Qatar // Saudi Arabien | Territorium (Grenze) | 1965 | ● |
| Sudan / Ägypten | Sudan // Ägypten | Territorium (Grenze), Ressourcen | 1992 | ● |
| ¹⁾ aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien ²⁾ Veränderung zum Vorjahr: ↗ bzw. Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ● keine Veränderung | | | | |

Vorderer und Mittlerer Orient

In dieser Region läßt sich 1999 mit Ausnahme des Iraks und Usbekistans eine leichte Entschärfung der Konfliktlage beobachten. Zu nennen sind vor allem der israelisch-palästinensische Konflikt sowie die Wiederaufnahme der Gespräche über die Golanhöhen zwischen Israel und Syrien. Mit Ausnahme der Golfregion, in der zwischenstaatliche Grenzstreitigkeiten das Konfliktgeschehen dominieren, handelt es sich sonst überwiegend um innerstaatliche Konflikte.

Der seit einigen Jahren latent schwelende Konflikt zwischen der säkularen Regierung und der islamischen Opposition in **Usbekistan** eskaliert, als es im Februar zu Gefechten zwischen den verfeindeten

Gruppen kommt. Nachdem auf Präsident Islam Karimow ein Sprengstoff-Anschlag verübt worden ist, reagiert die Regierung mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen gegen die Opposition. Die usbekische Luftwaffe bombardiert im usbekisch-kirgisisch-tadschikischen Grenzgebiet Stützpunkte der islamischen Oppositionellen.

Im August besetzen islamische Freischärler aus **Tadschikistan** im Süden **Kirgisistans**, wobei es zu heftigen Kämpfen mit den Streitkräften kommt. Die Regierung Kirgisistans verhängt am 27.8. den Ausnahmezustand über die umkämpfte Region. Nachdem Anfang September die Kämpfe an Intensität zunehmen, entspannt sich die Situation Anfang November.

Im langwierigen Friedensprozess in **Tadschikistan** zeigen sich erste Erfolge. Die islamische Opposition

entwaffnet nach und nach ihre Truppen und erklärt am 3. August formell die Auflösung ihrer Einheiten. Aufgrund der beruhigten Lage kehren im August die UN-Beobachter wieder ins Land zurück.

Der Bürgerkrieg in **Afghanistan** geht auch 1999 mit unverminderter Härte weiter. Die Taliban kontrollieren seit August 1998 etwa 80 Prozent des Landes. Vom 10. bis 14. März finden in Aschgabad erstmalig Verhandlungen zwischen Vertretern der Taliban und der Nordallianz über die politische Zukunft des Landes statt. Dabei einigen sich beide Seiten auf weitere Verhandlungen bezüglich der Bildung einer gemeinsamen Regierung, eines gemeinsamen Parlaments sowie einer gemeinsamen Justiz. Die auf dem Treffen erzielte befristete Waffenruhe wird wenige Tage später wieder gebrochen, am 20. April gelingt es der Nordallianz, die Stadt Baiyan zurückzuerobern. Nach weiteren ergebnislosen Waffenstillstandsverhandlungen beginnen die Taliban im Juni eine neue Offensive. Auch nachfolgende Gespräche unter Einbeziehung des von den Taliban vertriebenen afghanischen Präsidenten Burhanuddin Rabbani und Pakistans in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe werden Mitte August ergebnislos abgebrochen.

Ein neuer Konflikt entsteht 1999 zwischen den **USA** und **Afghanistan** um die Auslieferung des mutmaßlichen Terroristen **Osama Bin Laden**. Im Juli verhängen die USA ein Finanz- und Handelsembargo, da sie die Taliban der Unterstützung Bin Ladens verdächtigen. Am 14. November treten darüber hinaus Sanktionen der **UNO** in Kraft. Die Verhängung von Sanktionen führt zu Massenprotesten und Ausschreitungen gegen UN-Einrichtungen und vor der US-Botschaft.

Im Konflikt zwischen **Afghanistan** und dem **Iran** kommt es am 21. November zu einem Treffen zwischen Vertretern der Taliban und der iranischen Regierung, bei dem beide Seiten ihre Bereitschaft signalisieren, die seit einem Jahr geschlossene Grenze wieder zu öffnen. In weiteren Gesprächen betonen die Taliban ihr Interesse an guten Beziehungen, womit die Spannungen des vergangenen Jahres, nach der Ermordung iranischer Diplomaten durch afghanische Taliban, entschärft werden können.

Der politische Machtkampf im **Iran** zwischen den Reformkräften um Präsident Chatami und dessen Gegnern um Revolutionsführer Chamenei verschärft sich, als die Verantwortung von Teilen des iranischen Geheimdienstes für die Schriftsteller-morde des vorangegangenen Jahres bekannt wird.

Ein neues restriktives Pressegesetz und ein weiteres Verbot einer liberalen Zeitung durch die reformfeindlichen Kräfte führen im Juli zu den heftigsten landesweiten Protesten seit der Revolution von 1979.

Im Konflikt zwischen **Armenien** und **Aserbaid-schan** um die armenisch besiedelte Region Berg-Karabach in Aserbaid-schan werden keine Fortschritte erzielt, wengleich die Präsidenten beider Länder bei einem Treffen in Genf am 23. August die Absicht zur Einhaltung des Friedensabkommens von 1994 betonen.

Nachdem der **PKK**-Führer Öcalan im Februar in Nairobi durch den türkischen Geheimdienst festgenommen worden ist, kommt es weltweit zu Demonstrationen und Gewalttaten von Kurden. Mehrere PKK-Gruppen geben ihren bewaffneten Kampf auf und ziehen sich in den Nordirak und den Iran zurück, woraufhin die **Türkei** ihre militärischen Aktionen gegen die PKK verstärkt und mehrmals in den kurdisch dominierten Nordirak einmarschiert. Nachdem Öcalan zum Tode verurteilt worden ist, ruft er die PKK dazu auf, ihre Waffen niederzulegen und setzt sich für eine politische Lösung ein. Am 26. August erklärt sie, mit dem Abzug aus der Türkei begonnen zu haben. Die türkische Regierung lehnt weiterhin jegliche Verhandlung mit der PKK ab, erläßt aber im August ein Amnestiegesetz.

Das von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägte Verhältnis der beiden **irakischen Kurdenparteien** DPK und PUK hat sich nach dem Washingtoner Friedensabkommen im September letzten Jahres weitgehend stabilisiert. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren trafen sich die Anführer beider Parteien zu Gesprächen über die Umsetzung des Friedensplans.

Der Konflikt im **Nordirak** zwischen der Regierung und den **kurdischen Volksgruppen** um den Autonomiestatus Irakisch-Kurdistans tritt wegen der US-amerikanischen und britischen Luftschläge gegen irakische Stellungen im Rahmen der Flugverbotsüberwachung in den Hintergrund. Dennoch wird auch in diesem Jahr von weiteren kurdischen Zwangsumsiedlungen berichtet.

Im **Irak** verschärft sich der Konflikt zwischen der weitgehend von **Sunniten** besetzten Regierung und der politisch unterrepräsentierten **schiitischen Bevölkerung**. Nachdem im vergangenen Jahr mehrere liberale Religionsgelehrte auf ungeklärte Weise ums Leben kamen, löst der Mord an dem hohen schiitischen Geistlichen Ayatollah al-Sadr eine große Protestwelle aus. In mehreren Städten des Süd-

iraks kommt es danach wiederholt zu Strassenschlachten zwischen aufständischen Schiiten und staatlichen Sicherheitskräften..

Die Gefechte zwischen der **israelischen Armee** und der proiranischen **Hizbollah** im Süden von **Libanon** halten das ganze Jahr über an. Ein vom israelischen Premier Ehud Barak in Aussicht gestellter Truppenrückzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 hängt von den Verhandlungen mit Syrien um die Golanhöhen ab, die am 15. Dezember 99 in Washington beginnen.

Am 20. Oktober wird unter Vermittlung der USA das Wye II-Abkommen geschlossen, nachdem es im vergangenen Jahr zu Spannungen zwischen **Israelis** und **Palästinensern** wegen der zögerlichen Umsetzung des Wye-Vertrages durch Israel gekommen ist. Im Wye-II Abkommen ist u.a. die sukzessive Übergabe von israelisch verwalteten Gebiet an die palästinensische Zivilverwaltung, die Entlassung mehrerer hundert Gefangener, sowie der israelische Truppenrückzug aus dem Westjordanland geregelt. Maßgeblichen Anteil am Abschluß des Vertrages hat der am 17.5. zum neuen Premier gewählte gemäßigte Politiker Ehud Barak. Eine exterritoriale Straßenverbindung von Gaza ins Westjordanland durch israelisches Staatsgebiet wird in Betrieb genommen. Im November werden die ersten illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland durch israelische Sicherheitskräfte geräumt. Anfang Dezember kommt es erneut zu Spannungen um die israelische Siedlungspolitik, als Barak der Errichtung weiterer Wohnungen im Westjordanland zustimmt.

Im Kampf der **ägyptischen Regierung** gegen **religiöse Extremisten** werden zu Beginn des Jahres zahlreiche Aktivisten zum Tode verurteilt. Ende April entläßt die Regierung über tausend Anhänger der *Gaamat-al Islamiya* aus der Haft, nachdem ihr inhaftierter Führer zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes aufgerufen hat. Von einer neuen Verhaftungswelle im Herbst ist die *Muslimbruderschaft* betroffen.

Im Konflikt zwischen **Ägypten** und dem **Sudan** um die Festsetzung der gemeinsamen Grenze und die Verteilung der dort vorhandenen Ressourcen (Wasser und Öl) werden nach Verhandlungen im Mai

ägyptische Liegenschaften zurückgegeben, die sich der Sudan 1992 aneignete.

Nach Verhandlungen zwischen **Libyens** Revolutionsführer Ghaddafi und UN-Generalsekretär Kofi Annan beschließt das libysche Parlament am 15. Dezember 98 die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter. Am 5. April werden beide in die Niederlande überstellt, wo ihnen ab Anfang Februar 2000 der Prozeß gemacht werden soll. Noch am Tag der Auslieferung beschließt der UN-Sicherheitsrat die Sanktionen gegen Libyen auszusetzen. Am 20. April hebt auch die EU ihre Handelsverbote auf.

Im Konflikt zwischen der **algerischen Regierung** und **islamistischen Guerillaorganisationen** verkündet der im Frühjahr neu gewählte Präsident Abdel-Aziz Bouteflika eine Politik der nationalen Versöhnung. Im Juni beschließt die AIS (*Islamische Armee des Heils*), der militärische Arm der FIS (*Islamische Heilsfront*) das Ende des bewaffneten Kampfes. Die zweite islamistische Terrorgruppe GIA (*Bewaffnete Islamische Gruppe*), kündigt dagegen neue Gewalttaten an. Der GIA werden mehrere Massaker zugeschrieben. Im Laufe des Jahres begnadigt Bouteflika Tausende politische Gefangene – darunter zahlreiche Islamisten – und wird durch ein Referendum in seinem Kurs bestätigt. Rückschläge erleidet seine Politik durch die Ermordung eines ranghohen Mitgliedes der FIS und weitere Massaker im November und Dezember.

In der **West-Sahara** wird das Mandat der UN-Sonderkommission (MINURSO) zur Erfassung von Wahlberechtigten für das Referendum über die Unabhängigkeit der 1976 von Marokko annektierten Region, das im Juli 2000 abgehalten werden soll, bis Dezember verlängert. Im September verschärft sich die Lage, als es in der sahraischen Hauptstadt El Aaiún zu massiven Straßenprotesten gegen die marokkanische Regierung kommt. Der neue marokkanische König Mohamed VI bemüht sich einerseits um eine Schlichtung des Konflikts durch eine die West-Sahara begünstigende Reformpolitik, betont andererseits jedoch ihren marokkanischen Charakter und scheint nicht bereit, das ressourcenreiche Gebiet abzutreten. Von Seiten der sahraischen Befreiungsfront (POLISARIO) ist nach dem langjährigen Waffenstillstand erneute Gewaltanwendung zu erwarten, falls Marokko seine Blockadepolitik gegen das Referendum weiter aufrechterhält.

Übersicht: Globales Konfliktpanorama 1999

| Intensitätsstufen | Europa | | Afrika | | Amerika | | Asien | | Orient | | Gesamt | |
|------------------------|-----------|-----|-----------|-----|-----------|-----|-----------|-----|-----------|-----|------------|-----|
| | lfd. | neu | lfd. | neu |
| 1: latente Konflikte | 15 | 1 | 11 | 1 | 12 | 0 | 14 | 0 | 12 | 1 | 64 | 3 |
| 2: Krisen | 5 | 0 | 5 | 3 | 2 | 0 | 8 | 2 | 8 | 0 | 28 | 5 |
| 3: Ernste Krisen | 0 | 0 | 5 | 0 | 1 | 0 | 8 | 0 | 6 | 1 | 20 | 1 |
| 4: Kriege | 2 | 0 | 7 | 0 | 1 | 0 | 2 | 0 | 1 | 0 | 13 | 0 |
| Summe gewaltlos | 21 | | 20 | | 14 | | 24 | | 21 | | 100 | |
| Summe gewaltsam | 2 | | 12 | | 2 | | 10 | | 8 | | 34 | |
| Total | 23 | | 32 | | 16 | | 34 | | 29 | | 134 | |

Hinweis: **Konflikt** als Oberbegriff umfaßt Interessengegensätze (**Positionsdifferenzen**) um **nationale Werte** (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen und Territorium) von einiger **Dauer und Reichweite** zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, -organisationen, organisierte Gruppen), die entschlossen sind, sie **zu ihren Gunsten** zu entscheiden. Die **Intensität** von Konflikten kann von einem **latenten Konflikt** (Intensität 1) und einer **Krise** (Intensität 2), über eine **ernste Krise** mit Gewalteintritt (Intensität 3) bis zu einem **Krieg** (Intensität 4) reichen. Konflikte der Intensitäten 1 und 2 haben vorwiegend **gewaltlosen** Charakter; Konflikte der Intensitäten 3 und 4 werden hauptsächlich **gewaltsam** oder kriegerisch ausgetragen. „lfd.“: 1998 bereits laufende, „neu“, 1999 begonnene politische und militärische Konflikte, die ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erlangt haben. Nur die jeweils **höchste** Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts wird angegeben. Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit.

KONFLIKTBAROMETER WELT 1999

Herausgeber:

HIHK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG E.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

Redaktion:

Prof. Dr. Frank R. Pfetsch, Dr. Bernhard Trautner, Sabine Klotz M.A., Hardi Schindler M.A., Christoph Rohloff M.A., Nicolai Andersen, Nicolas Schwank

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen:

Europa: Nicolai Andersen, Angelika Barth, Tatjana Cicvara, Csilla Hatvany, Tobias Rackebrandt, Hardi Schindler, Sofce Stojmenovski, Melda Ünlü

Afrika: Christian Baukhage, Peer Böhrnsen, Christian Mänteles, Christine Schlund, Peter Schön, Mark Wenz

Amerika: Sören Haffer, Boris Halva, Christoph Klinger, Julia Leininger, Hardi Schindler

Asien: Nicolai Andersen, Marc Buchmüller, Feodora v. Franz, Renate Götz, Malin Ihlau, Hendrik de Jager, Sabine Klotz, Frank Plamboeck, Du-Chel Sin

VMO: Stefan Braun, Sara Iglesias, Hendrik Lehmann, Leila Mousa, Heike Quader, Philipp Seel, Melda Ünlü, Florian Winkler

Kontakt

HIHK e.V. am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstr. 6, 69120 Heidelberg
Tel: 06221 / 54 31 98, Fax: 06211 / 54 28 96, e-mail: info@hiik.de, web: http://www.hiik.de

HIHK

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIHK e.V. ist ein gemeinnützig anerkannter eingetragener Verein, der sich der Erforschung, Dokumentation und Prognose interner und internationaler politischer Konflikte widmet. Der Verein wurde 1991 von den Mitarbeitern des Forschungsprojekts KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) unter der Leitung von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg gegründet.

KOSIMO Datenbank

KOSIMO ist eine Datenbank mit derzeit 661 internen und internationalen, gewaltsamen und nicht gewaltsamen politischen Konflikten weltweit zwischen 1945 und 1995. Jeder Konflikt ist mit dreißig Variablen codiert. KOSIMO ist auf der HIHK Seite im Internet abrufbar (<http://www.hiik.de>).